

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 9. Juni 1965

II/1 — 31109 — 5440/65

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom
20. Juni 1962 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Republik Türkei über die
gegenseitige Förderung und den gegenseitigen
Schutz von Kapitalanlagen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages und des Protokolls vom 20. Juni 1962 und der zum Vertrag gehörige Briefwechsel und ein Notenwechsel in deutscher und türkischer Sprache sowie eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Wirtschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 283. Sitzung am 4. Juni 1965 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 20. Juni 1962
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei
über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Ankara am 20. Juni 1962 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem Protokoll, den Briefwechseln vom gleichen Tage und dem Notenwechsel vom 3. Juli 1964 wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll, die Briefwechsel und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das Protokoll, die Briefwechsel und der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf steuerliche Vorschriften bezieht.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 11, die sich auf die Luftfahrt

beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Türkei
über die gegenseitige Förderung und den
gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Federal Almanya Cumhuriyeti ile Türkiye
Cumhuriyeti arasında sermaye yatırımlarının
karşılıklı olarak teşvik ve himayesine mütedair Anlaşma

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REPUBLIK TURKEI,

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

IN DER ERKENNTNIS, daß eine gegenseitige vertragliche Förderung und ein gegenseitiger vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen, sie nach Möglichkeit fördern und die Erteilung von erforderlichen Genehmigungen wohlwollend erwägen. Die Vertragsparteien werden diese Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Keine Vertragspartei darf Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, in ihrem Hoheitsgebiet ungünstiger behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 2

Keine Vertragspartei wird die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Betätigung, soweit sie im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet ausgeübt wird, und hinsichtlich der Verwaltung, des Gebrauchs und der Nutzung dieser Kapitalanlagen ungünstigeren Bedingungen unterwerfen als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften eines dritten Staates.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Schutz und Sicherheit.

Federal Almanya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti iki Devlet arasındaki iktisadi işbirliğini geliştirmek arzusu ile, bir Devletin vatandaş ve şirketlerine diğer Devlet arazisinde sermaye yatırımları için müsait şartlar yaratmak amacı ile, bu sermaye yatırımlarının karşılıklı olarak ahden himayesi ve teşvikinin, hususi iktisadi teşebbüsü canlandırıp her iki memleketin refahını arttırmaya yarayacağı anlayışı ile aşağıdaki hususlarda mutabakata varmışlardır:

Madde 1

(1) Âkit taraflardan herbiri, ülkesinde diğer âkit tarafın vatandaş ve şirketlerine ait sermaye yatırımlarına kendi mevzuatına uygun olmak şartıyla muvafakat edecek, bunları imkân dairesinde teşvik ve gereken müsaadelerin verilmesini hayırlıklarla tetkik edilecektir. Âkit taraflar bu yatırımlara her halde hak ve nasafet dairesinde muamele edecektir.

(2) Âkit taraflardan hiçbirisi, ülkesinde, diğer âkit tarafın vatandaş ve şirketlerine ait, yahut bunların tesiri altında bulunan sermaye yatırımlarını, kendi vatandaş ve şirketlerinin veya üçüncü Devletlerin vatandaş ve şirketlerinin sermaye yatırımlarından daha az müsait muameleye tabi tutmayacaktır.

Madde 2

Âkit taraflardan hiçbirisi diğer âkit tarafın vatandaş ve şirketlerini, kendi ülkesinde yapılacak sermaye yatırımları ile ilgili meslekî ve iktisadî faaliyetleri ve sermaye yatırımlarının idaresi, istimali ve intifai bakımından kendi vatandaş ve şirketlerinden veya üçüncü devlet vatandaş ve şirketlerinden daha gayri müsait muameleye tabi tutmayacaktır.

Madde 3

(1) Âkit taraflardan birinin vatandaşları ile şirketlerinin sermaye yatırımları, diğer âkit tarafın ülkesinde himaye ve emniyete mazhar olacaktır.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Leistung des vollen Wertes der enteigneten Kapitalanlage enteignet werden. Diese Leistung muß unverzüglich erfolgen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß für die Festsetzung und Leistung des vollen Wertes Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe des vollen Wertes müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige und Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg, bewaffnete Auseinandersetzungen oder durch Handlungen, die die öffentliche Ordnung gefährden, Verluste an den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei belegenen Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich aller Entschädigungen nicht ungünstiger behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften. Hinsichtlich des Transfers solcher Leistungen werden die Vertragsparteien die Ansprüche von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht ungünstiger behandeln als entsprechende Ansprüche von Staatsangehörigen und Gesellschaften eines dritten Staates.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei den Transfer des Kapitals und der Erträge sowie im Falle der Liquidation den Transfer des Erlöses.

Artikel 5

Wird eine Vertragspartei aus einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage in Anspruch genommen, so ist sie unbeschadet ihrer Rechte aus Artikel 11 befugt, zu den Bedingungen ihres Rechtsvorgängers die Rechte wahrzunehmen, die auf sie kraft Gesetzes übergegangen oder von dem Rechtsvorgänger übertragen worden sind (übergegangene Ansprüche). Für den Transfer der auf Grund der übergegangenen Ansprüche an die Vertragspartei zu leistenden Zahlungen gelten die Artikel 3 Absätze 2, 3 und 4 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absätze 2 oder 3, nach Artikel 4 oder 5 unverzüglich und zu dem am Tage des Transfers für laufende Geschäfte tatsächlich angewandten und vom Internationalen Währungsfonds ausdrücklich oder stillschweigend gebilligten Kurs.

(2) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 1, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

(2) Äkit taraflardan birinin vatandaş ve şirketlerinin diğer äkit taraf ülkesindeki sermaye yatırımları, ancak ämme menfaati lehine ve istimlak edilen sermaye yatırımının değer paha karşılığının edası suretiyle istimlak edilebilir. Bu eda gecikmeksizin yapılmalı, bilfiil kıymetlendirilebilir ve serbestçe transfer edilebilir olmalıdır. Değer pahanın tesbiti ve edası için en geç istimlak anında tedbir alınmış olmalıdır. İstimlakin mevzuata uygunluğu ve değer paha miktarı normal kazai yollarla incelenelmelidir.

(3) Bir äkit taraf vatandaş ve şirketleri harp hali, silahlı çatışma veya ämme intizamını ihlâl eden haller dolayısıyla diğer äkit taraf ülkesindeki yatırımlarının uğrayacağı zararlara ait bütün tazminat ödemelerinde bu äkit taraf vatandaş ve şirketlerinden daha az müsait muameleye tabi tutulmayacaktır. Bu kabil edaların transferi hususunda da äkit taraflar şahıs ve şirketlerinin talepleri, üçüncü devlet şahıs ve şirketlerinin aynı kabil taleplerinden daha az müsait muameleye tabi tutulmayacaktır.

(4) Bu madde ile tanzim edilen hususlarda äkit taraflardan birinin vatandaş ve şirketleri diğer äkit tarafın ülkesinde en ziyade müsaadeye mazhar muameleden faydalanırlar.

Madde 4

Äkit taraflardan herbiri diğer äkit tarafın vatandaş ve şirketlerine ait sermaye ile hasılatın ve tasfiye halinde de bedelin transferini garanti eder.

Madde 5

Äkit taraflardan birine, bir sermaye yatırımı için garantiden dolayı rücu edilmesi halinde, 11 inci maddeden doğan hakları baki kalmak üzere, bu äkit taraf, kanunen kendisine intikâl eden veya hukukî selefi tarafından devrolunan haklarını (intikâl eden talepler) selefinin haiz bulunduğu aynı şartlara göre kullanmağa yetkilidir. İntikâl eden talepler gereğince bu äkit tarafa yapılacak tediyelerin transferi için 3 üncü maddenin (2), (3) ve (4) üncü fıkraları ile 4 üncü madde hükümleri, mana itibarıyla uygulanır.

Madde 6

(1) Äkit taraflar, yatırımın ülkesinde bulunduğu tarafın yetkili makamlarınca caiz görülecek surette aksini düzenlemedikleri takdirde, 3 üncü maddenin 2 veya 3 üncü fıkraları ile 4 veya 5 inci maddelere göre yapılacak transferler, gecikmeden ve Milletlerarası Para Fonu tarafından sarıh veya zımnî olarak kabul edilmiş ve transfer günü cari muamelelere bilfiil uygulanan kur üzerinden yapılır.

(2) Transfer sırasında, äkit taraflardan birinde 1 inci fıkraya uygun bir tahvil kuru mevcut değilse, bu äkit tarafın Amerikan Dolarına veya serbestçe kabili tahvil başka bir paraya yahut altına nazaran kendi parası için tesbit etmiş olduğu resmi kur uygulanır. Böyle bir kur da tesbit edilmemiş ise, sermayenin ülkesinde yatırıldığı äkit tarafın yetkili makamları, hak ve nasafet dairesinde bir tahvil kuru tayin ederler.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so bleibt diese Regelung durch den vorliegenden Vertrag unberührt.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlage“ im Sinne dieses Vertrages umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und good will;
- e) auf Grund öffentlichen Rechts gewährte Rechte einschließlich Nutzungsrechten.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage im Rahmen einer erteilten Genehmigung unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beträge, die aus einer Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen erzielt werden.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bezeichnet:

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf die Republik Türkei: alle Personen, die nach der Verfassung der Republik Türkei und nach dem türkischen Staatsangehörigkeitsgesetz Türken sind.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften“ bezeichnet:

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach deren Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in bezug auf die Republik Türkei: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Türkei hat und nach deren Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige und Gesellschaften der einen Vertrags-

Madde 7

(1) Âkit taraflardan birinin mevzuatından veya bu Anlaşmadan ayrı olarak âkitler arasında mevcut veya ileride tesis edilecek olan milletlerarası vecibelerden, diğer âkit tarafın vatandaş ve şirketleri için işbu Anlaşma ile derpiş edilenden daha müsait bir muamele yapılmasını amir bir hal tarzı doğacak olursa, bu hal tarzına işbu Anlaşma sebebiyle hâlel gelmeyecektir.

(2) Âkit taraflardan herbiri, ülkesinde, diğer âkit tarafın vatandaş ve şirketlerinin sermaye yatırımlarına mütedair olarak üzerine aldığı sair her türlü taahhüdü yerine getirecektir.

Madde 8

(1) Bu Anlaşmadaki "sermaye yatırımı" tabiri bütün aktif kıymetleri ve tahdidî olmamak üzere, bilhassa aşağıdakileri içine alır:

- a) Menkûl ve gayri menkûl mülkiyeti ve diğer aynı haklar,
- b) Şirketlerde hissedarlık hakları ve sair şekilde iştirakler,
- c) Para ve esa mükellefiyetine müteallik iktisadi bir değeri olan matlubat,
- d) Telif ve sınai mülkiyet hakları, teknik usuller, ticari unvanlar ve goodwill,
- e) Âmme hukukuna istinaden tanınan ve intifa hakkını da kapsayan haklar.

Servet değerlerinin yatırılış şeklinde vâki olacak değişiklik, bunların, verilen bir müsaade çerçevesinde, sermaye yatırımı sıfatına hâlel getirmez.

(2) "hasılat" tabiri: Muayyen bir dönem için bir sermaye yatırımdan kâr veya faiz olarak elde edilmiş olan meblâğları ifade eder.

(3) "vatandaş" tabiri:

- a) Federal Almanya Cumhuriyeti için, Federal Almanya Cumhuriyeti Anayasası anlamındaki Almanları,
- b) Türkiye Cumhuriyeti için, Türkiye Cumhuriyeti Anayasası ile Türk Vatandaşlık Kanunu anlamındaki Türkleri, ifade eder.

(4) "şirketler" tabiri:

- a) Federal Almanya Cumhuriyeti için; şirketlerinin, hissedarlarının yahut üyelerinin mes'uliyeti mahdud olsun veya olmasın ve faaliyeti kazanca müteveccih bulunsun veya bulunmasın, merkezi, Federal Almanya Cumhuriyeti ülkesinde olup kanunlarına göre hukuken mevcut her hükmî şahıs ile hükmî şahsiyeti haiz olsun olmasın her ticari şirket veya sair şirket yahut cemiyeti,
- b) Türkiye Cumhuriyeti için; şirketlerinin, hissedarlarının yahut üyelerinin mes'uliyeti mahdud olsun veya olmasın ve faaliyeti kazanca müteveccih bulunsun veya bulunmasın, merkezi Türkiye Cumhuriyeti ülkesinde olup kanunlarına göre hukuken mevcut her hükmî şahıs ile hükmî şahsiyeti haiz olsun olmasın her ticari şirket veya sair şirket yahut cemiyeti, ifade eder.

Madde 9

Bir âkit tarafın mevzuatına göre, ülkesinde, diğer âkit tarafın vatandaş ve şirketlerince işbu Anlaşmanın yürür-

partei in Ubereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vorgenommen haben.

Artikel 10

Jede Vertragspartei gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von der anderen Vertragspartei eingeräumt wird.

Artikel 11

(1) Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Vertrages werden die Vertragsparteien zur Herbeiführung einer Lösung in freundschaftlichem Geist Konsultationen aufnehmen.

(2) Soweit eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht innerhalb eines Jahres von dem Zeitpunkt an beigelegt werden kann, in welchem einer Vertragspartei die Aufnahme der in Absatz 1 genannten Konsultationen von der anderen Vertragspartei vorgeschlagen worden ist, so kann sie auf Verlangen einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet werden.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf einen Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitgliedes sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen.

(6) Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst, es sei denn, daß sich die Vertragsparteien bis zur Errichtung des Schiedsgerichts über weitere Verfahrensregeln geeinigt haben.

Artikel 12

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens im Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzungen aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen, falls sie abgebrochen waren, wiederhergestellt sind.

lüge girmesinden evvel yapılmış olan sermaye yatırımları da bu Anlaşma hükümlerine tabi olacaktır.

Madde 10

Âkit taraflardan herbiri, bu Anlaşma çerçevesi içinde yerli muamelesini, bu muamelelerin aynı hususlarda diğer âkit tarafından da yapılması vakiasına istinaden yapacaktır.

Madde 11

(1) İşbu Anlaşmanın tefsiri ve tatbiki mevzuunda fikir ayrılıkları zuhur ettiği takdirde âkit taraflar dostluk ruhu içinde bir hal şekli bulmak üzere istişarelere başlayacaklardır.

(2) Bir fikir ayrılığı, birinci fıkrada sözü geçen istişarelere başlanılması âkit taraflardan birine diğeri tarafından teklif edildiği tarihten itibaren bir yıl içinde tesviye edilemediği takdirde, keyfiyet, âkitlerden birinin isteği üzerine, bir hakem heyetine arz edilebilir.

(3) Hakem heyeti, âkit taraflardan herbirinin birer üye tayin etmesi ve bu iki üyenin de, âkit tarafların Hükümetlerince tayin olunmak üzere bir başkan üzerinde mutabık kalmaları suretiyle herbir hadise için teşkil edilir. Üyeler; âkit taraflardan birinin, ihtilâfı bir hakem heyetine arz etmek istediğini diğer tarafa bildirmesi üzerine, iki ve başkan da üç ay içinde tayin edilirler.

(4) Üçüncü fıkrada gösterilen müddetlere riayet edilmemesi halinde, başka türlü bir uzlaşmaya varılmazsa âkit taraflardan herbiri, gereken tayinleri yapmasını Milletlerarası Adalet Divanı Başkanından isteyebilir. Başkan, iki taraftan birisinin tabiiyetini haiz ise veya bu tayinleri yapmasına mani varsa, bunları ikinci başkan yapar. İkinci başkan da iki âkit taraftan birisinin tabiiyetini haiz veya onun da tayinleri yapmasına mani varsa, iki âkit taraftan birisinin tabiiyetinde olmayıp Milletlerarası Adalet Divanında bunlardan sonra derece itibarile en kıdemli üye bu tayinleri yapar.

(5) Hakem heyeti oyların ekseriyeti ile hükmünü verir. Hükümleri bağlayıcıdır. Âkit taraflardan herbiri kendi üyesinin ve hakem heyeti önünde cereyan edecek muamelelerde kendi temsil masraflarını deruhte eder. Başkanın masrafı ile sair masraflar her iki âkit tarafça eşit olarak karşılanır. Hakem heyeti, masraflar için başka bir tesviye tarzı da tayin edebilir.

(6) Yukarıda sayılanlar dışındaki usul hükümlerini hakem heyeti kendisi tesbit eder; ancak hakem heyetinin teşkiline kadar tarafların mutabakata vardıkları usul hükümleri mahfuzdur.

Madde 12

İşbu Anlaşma hükümleri, âkit taraflar arasında bir ihtilâf çıkması halinde dahi, milletlerarası hukukun umumî kaidelerinin cevaz verdiği geçici tedbirleri almak hakkına hâlel gelmeksizin, yürürlükte kalacaktır. Bu nevi tedbirler, eğer kesilmiş ise, diplomatik münasebetlerin tekrar tesis edilip edilmediğine bakılmaksızın, en geç ihtilâfın fiilen sona ermesiyle kaldırılacaktır.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 11, die sich auf die Luftfahrt beziehen, auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Türkei innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft und verlängert sich auf unbestimmte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

Madde 13

İşbu Anlaşmanın mer'iyete girmesinden itibaren üç ay içinde, Federal Almanya Cumhuriyeti Hükûmeti, Türkiye Cumhuriyeti Hükûmetine hilâfına bir beyanda bulunmadığı takdirde mezkûr Anlaşma, Protokolün 11 inci Maddesinin hava nakliyatına müteallik hükümleri müstesna olmak üzere, Berlin Land'ına da şâmil olacaktır.

Madde 14

(1) Bu Anlaşma tasdike tabidir. Tasdiknameler en kısa müddet içinde Bonn'da teati olunacaktır.

(2) Bu Anlaşma, tasdiknamelerin teatisinden bir ay sonra yürürlüğe girecektir. On yıllık bir süre için yürürlükte kalacak ve sona ermesinden bir yıl önce, iki taraftan birinin yazılı olarak feshini ihbar etmemesi halinde gayrı muayyen bir müddet için uzatılmış olacaktır. On yılın geçmesinden sonra Anlaşmanın her zaman feshi ihbar edilebilecek, ancak vâki ihbardan sonra daha bir yıl yürürlükte kalacaktır.

(3) Anlaşmanın yürürlükten kalkması tarihine kadar yapılmış olan yatırımlar için, 1 ilâ 13 üncü maddelerin hükümleri bu Anlaşmanın fiilen sona ermesi tarihinden itibaren daha onbeş yıl için muteber olacaktır.

GESCHEHEN zu Ankara am 20. Juni 1962 in vier Urschriften, zwei in deutscher und zwei in türkischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

İKİSİ Almanca ve ikisi Türkçe olmak ve her metin aynı derecede muteber bulunmak üzere 20 Haziran 1962 tarihinde Ankara'da aktedilmiştir.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

G. von Broich-Oppert
Dr. Kurt Daniel

Für die Republik Türkei:

Feridun C. Erkin
Turgut Aytuğ

Federal Almanya Cumhuriyeti adına

G. von Broich-Oppert
Dr. Kurt Daniel

Türkiye Cumhuriyeti adına

Feridun C. Erkin
Turgut Aytuğ

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

1. Zu Artikel 1:

a) Zu Absatz 1 Satz 1:

Jede Vertragspartei kann in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften frei darüber entscheiden, ob sie eine erforderliche Genehmigung erteilt. Ist die Genehmigung erteilt, genießt die Kapitalanlage den vollen Schutz dieses Vertrages.

b) Zu Absatz 2:

Artikel 1 Absatz 2 findet auf vor Inkrafttreten dieses Vertrages gewährte Rechte und Vergünstigungen keine Anwendung. Die Vertragsparteien werden nach Inkrafttreten dieses Vertrages ihre Rechtsvorschriften in Übereinstimmung mit Artikel 1 Absatz 2 anwenden.

2. Zu Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 4:

Vermögenswerte, die unter Artikel 9 des Übereinkommens vom 11. Mai 1959 über die Handelsschulden von Personen mit Sitz in der Türkei (Pariser Übereinkommen) fallen, genießen den Schutz dieses Vertrages, wenn ihre Verwendung nach Artikel 9 des Pariser Übereinkommens genehmigt worden ist. Für den Transfer des Kapitals und der Erträge in bezug auf diese Vermögenswerte bleiben die Transferregelungen des Pariser Übereinkommens unberührt. Die Beschränkungen des Transfers nach den Bestimmungen des Pariser Übereinkommens greifen bei einer Kapitalanlage, die noch andere dem Schutz dieses Vertrages unterliegende Vermögenswerte umfaßt, nur hinsichtlich des unter die Bestimmungen des Pariser Übereinkommens fallenden Teils ein.

3. Zu Artikel 2:

a) Als Bedingungen im Sinne des Artikels 2 werden insbesondere angesehen: die Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die von einer Vertragspartei allgemein und gleichermaßen gegenüber ihren Staatsangehörigen und Gesellschaften und gegenüber Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten angeordnet werden, sowie Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als Bedingungen im Sinne des Artikels 2.

b) Artikel 2 berechtigt nicht zu einer anderen wirtschaftlichen Betätigung als sie üblicherweise der wirtschaftlichen Betätigung im Zusammenhang mit der Kapitalanlage entspricht. Soweit eine Genehmigung für die Kapitalanlage nach Artikel 1 Absatz 1 erforderlich ist, kann der Umfang des Betätigungsgebietes für die Kapitalanlage durch die Zulassungsurkunde bestimmt werden.

c) Artikel 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

Protokol

Federal Almanya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti arasında sermaye yatırımlarının karşılıklı olarak himaye ve teşvikine mütedair bu Anlaşmanın imzalanmasında, imza eden yetkililer ayrıca, Anlaşmanın parçası olarak kabul edilmesi gereken, aşağıdaki hususlarda mutabık kalmışlardır:

1. 1 nci madde için:

a) 1 nci fıkra 1 nci bent:

Her âkit taraf, mevzuatına göre, gerekli müsaadeyi verip vermemekte muhtardır. Müsaade verildiği takdirde, yatırım, bu Anlaşmanın tam himayesine mazhar olur.

b) 2 nci fıkra için:

1 nci maddenin 2 nci fıkrası, bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden önce sağlanmış olan hak ve kolaylıklar için uygulanmaz. Âkit taraflar, bu Anlaşmanın yürürlüğe girmesinden sonra mevzuatını 1 nci maddenin 2 nci fıkrasına uygun olarak tatbik edeceklerdir.

2. 1 nci madde 1 nci fıkra ve 4 ncü madde için:

Türkiye'de Mukim Şahısların Ticarî Borçlarına Mütâallik 11 Mayıs 1959 tarihli Anlaşmanın (Paris Anlaşması) 9 uncu maddesine göre Türkiye'de yatırım olarak kullanılmasına müsaade edilen aktif kıymetler de bu Anlaşmanın himayesinden faydalananır. Bu aktif kıymetlerle ilgili sermaye ve hasılâtın transferinde Paris Anlaşmasının transfer hükümleri mahfuzdur. Paris Anlaşması hükümlerine göre transfer tahditleri, bu Anlaşmanın himayesinden faydalanan diğer kıymetleri de ihtiva eden bir yatırımda yalnız Paris Anlaşmasıyla ilgili kısma uygulanır.

3. 2 nci madde için:

a) Bilhassa ham ve yardımcı madde, enerji, yakıt maddeleri ile her türlü istihsal ve işletme vasıtalarının temini tahditleri ve mamûllerin dahil ve hariçte sürümüne mani olacak aynı tesiri haiz tedbirler, 2 nci maddenin ruhuna uygun şartlar olarak mütalâa edilir. Âkit tarafların kendi vatandaş ve şirketleri ile üçüncü devlet vatandaş ve şirketlerine umumî ve aynı ölçüde uygulamak üzere alacakları tedbirler ile kamu emniyeti ve nizamı, halk sağlığı veya ahlâkı ile ilgili sebeplerden dolayı alacakları tedbirler 2 nci madde manasında şartlar olarak mütalâa edilmez.

b) 2 nci madde, sermaye yatırımı ile ilgili müteamel iktisadî faaliyet dışında başka bir iktisadî faaliyette bulunulmasına hak bahşetmez. 1 nci maddenin 1 inci fıkrasına göre bir sermaye yatırımı için müsaade gerekli ise bu yatırıma ait faaliyet sahasının çerçevesi müsaade belgelerinde tayin olunabilir.

c) 2 nci madde memlekete giriş, ikâmet ve hizmet erbabı olarak faaliyet hususlarına uygulanmaz.

4. Zu Artikel 3 Absatz 2:

- a) Enteignung im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 bedeutet die Entziehung oder Beschränkung jedes im Sinne dieses Vertrages als Kapitalanlage geltenden Vermögens oder Vermögensrechtes durch hoheitliche Maßnahmen und in einem Ausmaß, das einer Enteignung gleichkommt. Artikel 3 Absatz 2 gilt auch für die Verstaatlichung einer Kapitalanlage.
- b) Eine unverzügliche Leistung im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 Satz 2 liegt vor, wenn sie ohne schuldhaftes Zögern erfolgt.

5. Zu Artikel 4:

- a) Als Liquidation im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.
- b) Es besteht Einverständnis zwischen den Vertragsparteien, daß bei der Anwendung des Artikels 4 die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über Steuern, Abgaben und sonstige öffentliche Lasten sowie über die Festsetzung von Höchstpreisen beim Verkauf von Vermögenswerten nicht berührt werden.

6. Zu Artikel 5:

Die Vertragsparteien sind darüber einig, daß der Rechtsnachfolger im Falle einer Gewährleistung nach Artikel 5 die übergegangenen Ansprüche im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei nur in gleicher Weise wie sein Rechtsvorgänger geltend machen kann.

7. Zu Artikel 6:

- a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt an dem Tage, an dem das Ersuchen mit den erforderlichen Unterlagen und Bescheinigungen ordnungsgemäß bei der zuständigen Stelle eingereicht worden ist, und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- b) Der Ausdruck „laufende Geschäfte“ in Artikel 6 Absatz 1 bezeichnet alle Kapitalbewegungen, die im Sinne der Bestimmungen des Artikels XIX Absatz 1 Unterabsätze 2 und 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds „current transactions“ sind.

8. Zu Artikel 7:

Die in Artikel 7 Absatz 2 genannten Verpflichtungen der Vertragsparteien umfassen nur die von den zuständigen Stellen der Vertragsparteien in Ausübung der öffentlichen Gewalt übernommenen Verpflichtungen.

9. Zu Artikel 8:

a) Zu Absatz 1:

- aa) Die Vertragsparteien sind darüber einig, daß die Erträge als eine Mehrung der Vermögenswerte zu betrachten sind und deshalb als Teil der Kapitalanlage den gleichen Schutz wie diese genießen.
- bb) Den Vertragsparteien steht es frei, hinsichtlich der Vermögenswerte, die vor Inkrafttreten dieses Vertrages in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei eingeführt oder im Hoheitsgebiet der Vertragspartei erworben worden sind, bei der Zulassung einer Kapitalanlage nach Artikel 1 Absatz 1 zu entscheiden, ob diese Vermögenswerte in die neue Kapitalanlage einbezogen werden können.
- cc) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien sind berechtigt, durch von ihnen bestellte

4. 3. üncü maddenin 2 nci fıkrası için:

- a) Bu Anlaşmaya göre sermaye yatırımı kabul edilen mamelekin veya mamelek haklarının kamu tedbirleriyle istimlâke eşit ölçüde nez'i veya tahdid, 3 üncü maddenin 2 nci fıkrası manasında istimlâki ifade eder. 3 üncü maddenin 2 nci fıkrası, bir sermaye yatırımının devletleştirilmesi halinde de caridir.

- b) 3 üncü maddenin 2 nci fıkrasındaki eda, kusurlu bir gecikme olmaksızın yapılmış olduğu takdirde gecikmeden yapılmış sayılır.

5. 4 üncü madde için:

- a) Bir yatırımın tamamen veya kısmen sona erdirilmesi gayesile elden çıkarılması da 4 üncü madde manasında tasfiye sayılır,
- b) 4 üncü maddenin uygulanmasında, âkit tarafların; vergi, resim ve diğer âmme mükellefiyetleri ile aktif kıymetlerin satışında azamî fiyatların tesbiti hususundaki mevzuatın mahfuz olduğu hakkında âkit taraflar arasında mutabakat mevcuttur.

6. 5 inci madde için:

Âkit taraflar; 5 inci maddeye göre bir rücu halinde, halefin intikal eden talep haklarını âkit tarafın ülkesinde ancak selefi gibi aynı şekilde kullanabileceği hususunda mutabaktırlar.

7. 6 ncı madde için:

- a) 6 ncı maddenin 1 nci fıkrası manasında bir transfer, normal transfer muameleleri için nazara alınan süre içinde yapıldığı takdirde gecikmeden yapılmış sayılır. Süre, gerekli vesikalar ve şahadetnamelerle, usulüne uygun olarak yetkili makama müracaat edildiği gün başlar ve hiçbir suretle iki ayı aşamaz.

- b) 6 ncı maddenin 1 nci fıkrasındaki “cari muameleler” deyimini, Milletlerarası Para Fonu Anlaşmasının 19 uncu maddesi (1) fıkrasının (2) ve (3) üncü bentleri hükümlerine göre “current transaction” olan bütün sermaye hareketlerini ifade eder.

8. 7 ncı madde için:

Âkit tarafların, 7 nci maddenin 2 nci fıkrasında zikredilen taahhütleri yalnız tarafların yetkili makamlarının kamu tasarrufu olarak giriştikleri taahhütlerdir.

9. 8 nci madde için:

a) 1 inci fıkra için:

- aa) Âkit taraflar, hasılâtın bir aktif kıymet artışı olarak mütalâa edildiği ve bu sebeple yatırımın bir parçası olarak aynı himayeye mazhar olacağı hususunda mutabaktırlar.

- bb) Âkit taraflar, bir âkit tarafın ülkesine bu Anlaşmanın mer'iyete girmesinden önce ithal edilmiş veya o ülkede iktisap edilmiş olan aktif kıymetlerin 1 nci maddenin 1 nci fıkrasına göre bir sermaye yatırımına müsaade yeni sermaye yatırımına girip girmeyeceğine karar vermekte muhtadırlar.

- cc) Âkit tarafların yetkili makamları tayin edecekleri eksperler vasıtasıyla, bir sermaye

Sachverständige nachprüfen zu lassen, ob die in einer Kapitalanlage angelegten Vermögenswerte den in der Zulassungsurkunde erwähnten Vermögenswerten hinsichtlich der Art und hinsichtlich des Wertes entsprechen.

b) Zu Absatz 2:

Gewinnanteile und Zinsen im Sinne des Artikels 8 Absatz 2 sind die auf die Kapitalanlage anteilig entfallenden Nettobeträge.

c) Zu Absatz 4:

Unter die Bestimmung des Artikels 8 Absatz 4 fallen auch alle wirtschaftlichen Unternehmen der öffentlichen Hand.

10. Zu Artikel 9:

a) Der Ausdruck „Rechtsvorschriften“ in Artikel 9 umfaßt in bezug auf die Republik Türkei das Gesetz zur Förderung ausländischen Kapitals Nr. 6224 und das Erdölgesetz Nr. 6326 einschließlich der Änderungs- und Ergänzungsgesetze.

b) Die Vertragsparteien sind darüber einig, daß die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus dem Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden durch diesen Vertrag nicht berührt werden.

11. Jede Vertragspartei wird Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung der Seeschifffahrt oder Luftfahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung von Gütern, die zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind, oder von Personen, wenn die Beförderung im Zusammenhang mit einer solchen Kapitalanlage durchgeführt wird, ausschalten oder behindern.

12. Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

GESCHEHEN zu Ankara am 20. Juni 1962 in vier Urschriften, zwei in deutscher und zwei in türkischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
G. von Broich-Oppert
Dr. Kurt Daniel

Für die Republik Türkei:
Feridun C. Erkin
Turgut Aytuğ

yatırımı içindeki aktif kıymetlerin müsaade belgesindeki kıymetlere cins ve değer bakımından uygun olup olmadığını tetkik etmek yetkisine sahiptirler.

b) 2 nci fıkra için:

8 nci maddenin 2 nci fıkrasında zikredilen maddada kâr hissesi ve faiz, bir sermaye yatırıma isabet eden net meblâğları ifade eder.

c) 4 üncü fıkra için:

8 nci maddenin 4 üncü fıkrası hükmüne bütün kamu iktisadi teşebbüsleri de dahildir.

10. 9 uncu madde için:

a) 9 uncu maddede zikredilen mevzuat deyiimi; Türkiye Cumhuriyeti bakımından, 6224 sayılı Yabancı Sermayeyi Teşvik ve 6326 sayılı Petrol Kanunları ile bunların ek ve tadillerini ifade eder.

b) Âkit taraflar, Federal Almanya Cumhuriyetinin Alman dış borçlarına mütedair 27 Şubat 1953 tarihli Anlaşma hükümlerinden doğan taahhütlerinin bu Anlaşma ile mahfuz olduğu hususunda mutabıktırlar.

11. Âkit taraflardan herbiri, bu Anlaşma manasında, yatırıma muhassas malların veya bu yatırım ile ilgili olarak, şahısların nakliyatında diğer âkit tarafın deniz ve hava nakliyatına iştirakini imkânsız kılacak veya mani olacak serbest rekabet esaslarına aykırı tedbirler almaktan ıntına edecektir.

12. Vatandaşlığın tesbiti hususunda diğer usuller mahfuz olmak üzere, ilgili âkit tarafın yetkili bir makamı tarafından verilmiş milli pasaporta sahip her şahıs o âkit tarafın vatandaşı olarak kabul edilir.

İKİSİ Almanca ve ikisi Türkçe olmak ve her metin aynı derecede muteber bulunmak üzere 20 Haziran 1962 tarihinde Ankara'da akdedilmiştir.

Federal Almanya Cumhuriyeti adına
G. von Broich-Oppert
Dr. Kurt Daniel

Türkiye Cumhuriyeti adına
Feridun C. Erkin
Turgut Aytuğ

Briefwechsel

1.

Der Vorsitzende
der Türkischen Delegation

Ankara, den 20. Juni 1962

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Türkei und der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, denen unsere Regierungen eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaft der Türkei beimessen, folgende Wünsche meiner Regierung zur wohlwollenden Prüfung Ihrer Regierung zu unterbreiten:

1. Die türkische Regierung würde es begrüßen, wenn die Bundesregierung Kapitalanlagen deutscher Investoren durch Gewährung von Garantien wohlwollend fördern und diesen Kapitalanlagen jede ihr mögliche Unterstützung und Erleichterung gewähren würde.
2. Die türkische Regierung bittet die Bundesregierung, in Erwägung zu ziehen, zur Förderung von Kapitalanlagen in der Türkei ihre technische Hilfe zu erweitern und die türkischen Bemühungen um Heranziehung deutscher Kapitalanlagen zu unterstützen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir bestätigen würden, daß Ihre Regierung die Wünsche meiner Regierung wohlwollend prüfen wird.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Turgut A y t u ğ

An
den Vorsitzenden der
Deutschen Delegation
Herrn Dr. Kurt Daniel
A n k a r a

Sayın Başkan,

Hükümetlerimizin Türkiye'nin iktisadi kalkınması için hususi bir önem atfettikleri yatırımların karşılıklı olarak teşvik ve himayesine müteallik Türkiye Cumhuriyeti ile Federal Almanya Cumhuriyeti arasında bugün imzalanan Anlaşma ile ilgili olarak Hükümetimin aşağıdaki isteklerini Hükümetinizin hayırhahlıkla tetkikine arz etmekle şeref duymaktayım:

1. Federal Hükümet Alman sermayedarlarına ait Türkiye'de yapılacak yatırımları garantiler sağlanması yolu ile hayırhahlıkla teşvik ettiği ve bu yatırımlara mümkün olan her yardım ve kolaylığı gösterdiği takdirde, Türkiye Hükümeti memnun olacaktır.
2. Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti Federal Almanya Cumhuriyeti Hükümetinden, Türkiye'deki yatırımların teşviki için teknik yardımını arttırmayı incelemesini ve Alman sermayesinin celbedilmesi için yapılacak gayretleri desteklemesini, rica etmektedir.

Hükümetinizin, Hükümetimin isteklerini hayırhahlıkla tetkik edeceğini teyid etmenizi istirham ederim.

Türk Heyeti Başkanı
Turgut A y t u ğ

Dr. Kurt Daniel
Alman Heyeti Başkanı

A n k a r a

2.

Der Vorsitzende
der Deutschen Delegation

Ankara, den 20. Juni 1962

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 20. Juni 1962 zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Türkei und der Bundesrepublik Deutschland über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, denen unsere Regierungen eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaft der Türkei beimessen, folgende Wünsche meiner Regierung zur wohlwollenden Prüfung Ihrer Regierung zu unterbreiten:

1. Die türkische Regierung würde es begrüßen, wenn die Bundesregierung Kapitalanlagen deutscher Investoren durch Gewährung von Garantien wohlwollend fördern und diesen Kapitalanlagen jede ihr mögliche Unterstützung und Erleichterung gewähren würde.
2. Die türkische Regierung bittet die Bundesregierung, in Erwägung zu ziehen, zur Förderung von Kapitalanlagen in der Türkei ihre technische Hilfe zu erweitern und die türkischen Bemühungen um Heranziehung deutscher Kapitalanlagen zu unterstützen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir bestätigen würden, daß Ihre Regierung die Wünsche meiner Regierung wohlwollend prüfen wird.“

Ich bestätige, daß meine Regierung die Wünsche Ihrer Regierung wohlwollend prüfen wird.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Kurt Daniel

An
den Vorsitzenden der
Türkischen Delegation
Herrn Turgut Aytuğ
Ankara

Sayın Başkan,

Aşağıdaki metni ihtiva eden 20 Haziran 1962 tarihli mektubunuzu aldığımı teyid etmekle şeref duymaktayım:

“Hükümetlerimizin Türkiye'nin iktisadi kalkınması için hususi bir önem atfettikleri yatırımların karşılıklı olarak teşvik ve himayesine müteallik Türkiye Cumhuriyeti ile Federal Almanya Cumhuriyeti arasında bugün imzalanan Anlaşma ile ilgili olarak Hükümetimin aşağıdaki isteklerini Hükümetinizin hayırhahlıkla tetkikine arz etmekle şeref duymaktayım:

1. Federal Hükümet Alman sermayedarlarına ait Türkiye'de yapılacak yatırımları garantiler sağlanması yolu ile hayırhahlıkla teşvik ettiği ve bu yatırımlara mümkün olan her yardım ve kolaylığı gösterdiği takdirde, Türkiye Hükümeti memnun olacaktır.
2. Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti Federal Almanya Cumhuriyeti Hükümetinden, Türkiye'deki yatırımların teşviki için teknik yardımını arttırmayı incelemesini ve Alman sermayesinin celbedilmesi için yapılacak gayretleri desteklemesini, rica etmektedir.

Hükümetinizin, Hükümetimin isteklerini hayırhahlıkla tetkik edeceğini teyid etmenizi istirham ederim.”

Hükümetimin, Hükümetinizin isteklerini hayırhahlıkla inceleyeceğini teyid ederim.

Alman Heyeti Başkanı
Dr. Kurt Daniel

Turgut Aytuğ
Türk Heyeti Başkanı

Ankara

3.

Der Vorsitzende
der Deutschen Delegation

Ankara, den 20. Juni 1962

Herr Vorsitzender,

Im Verlauf unserer Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben Sie auf die große Bedeutung hingewiesen, die der Fremdenverkehr für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei hat. Ich stimme mit Ihnen in dieser Hinsicht völlig überein und bin bereit, meiner Regierung die nachstehenden, von Ihnen vorgetragenen Wünsche vorzulegen:

1. Entsendung von Sachverständigen nach der Türkei, um die Voraussetzungen für den Aufbau und die Organisation des Fremdenverkehrs in der Türkei zu untersuchen, Vorschläge für seine Durchführung zu machen und die Möglichkeiten für die Heranbildung des technischen Personals zu ermitteln;
2. Einrichtung von Fremdenverkehrsbüros sowie Erforschung von Mitteln und Wegen zur Errichtung von Fremdenverkehrseinrichtungen aller Art, wobei besonders an die Erschließung des Gebiets von Antalya gedacht wird;
3. Unterstützung bei der Ausführung der auf den Ausbau des Fremdenverkehrs gerichteten Pläne und bei der Heranziehung des Privatkapitals auf diesem Gebiet sowie Gewährung jeder notwendigen Erleichterung zu diesem Zweck.

Ich werde meiner Regierung diese Vorschläge zur Annahme im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten empfehlen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit dem Vorstehenden bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Kurt Daniel

An
den Vorsitzenden der
Türkischen Delegation
Herrn Turgut Aytuğ
Ankara

Sayın Başkan,

Türkiye Cumhuriyeti ile Federal Almanya Cumhuriyeti arasında sermaye yatırımlarının karşılıklı olarak teşviki ve korunması hakkında bir Anlaşma akdine müncer olan müzakereler sırasında, Türkiye'nin ekonomik gelişmesi için turizmin haiz olduğu büyük öneme işaret ettiniz. Bu hususta sizinle tamamen mutabık ve tarafınızdan izhar edilmiş olan aşağıdaki istekleri Hükûmetime arz etmeye amade bulunmaktayım:

1. Türkiye'de turizmin kurulması ve teşkilâtlandırılması şartlarını incelemek, bunun tatbikatı için teklifler yapmak ve Teknik Personelin yetiştirilmesi imkânlarını araştırmak üzere Türkiye'ye uzmanlar gönderilmesi;
2. Turizm Bürolarının kurulması ve her türlü teknik tesislerin vücuda getirilmesi imkân ve yollarının araştırılması, bu hususta hassaten Antalya Bölgesinin geliştirilmesinin gözönünde tutulması;
3. Turizmin inkişafına müteallik plânların uygulanmasına ve bu alanda hususi sermayenin iştirâkine yardım edilmesi ve bu gaye için gereken her türlü kolaylığın gösterilmesi;

Bu tekliflerin mevcut imkânlar çerçevesinde kabulünü Hükûmetime tavsiye edeceğim.

Yukarıdaki hususlarda Hükûmetinizin mutabakatını bana teyid ettiğiniz takdirde minnettar olacağım.

Alman Heyeti Başkanı
Dr. Kurt Daniel

Turgut Aytuğ
Türk Heyeti Başkanı

Ankara

4.

Der Vorsitzende
der Türkischen Delegation

Ankara, den 20. Juni 1962

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 20. Juni 1962 zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Im Verlauf unserer Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben Sie auf die große Bedeutung hingewiesen, die der Fremdenverkehr für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei hat. Ich stimme mit Ihnen in dieser Hinsicht völlig überein und bin bereit, meiner Regierung die nachstehenden, von Ihnen vorgetragenen Wünsche vorzulegen:

1. Entsendung von Sachverständigen nach der Türkei, um die Voraussetzungen für den Aufbau und die Organisation des Fremdenverkehrs in der Türkei zu untersuchen, Vorschläge für seine Durchführung zu machen und die Möglichkeiten für die Heranbildung des technischen Personals zu ermitteln;
2. Einrichtung von Fremdenverkehrsbüros sowie Erforschung von Mitteln und Wegen zur Errichtung von Fremdenverkehrseinrichtungen aller Art, wobei besonders an die Erschließung des Gebiets von Antalya gedacht wird;
3. Unterstützung bei der Ausführung der auf den Ausbau des Fremdenverkehrs gerichteten Pläne und bei der Heranziehung des Privatkapitals auf diesem Gebiet sowie Gewährung jeder notwendigen Erleichterung zu diesem Zweck.

Ich werde meiner Regierung diese Vorschläge zur Annahme im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten empfehlen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit dem Vorstehenden bestätigen würden.“

Ich bestätige das Einverständnis meiner Regierung mit dem Vorstehenden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Turgut Aytuğ

An
den Vorsitzenden der
Deutschen Delegation
Herrn Dr. Kurt Daniel
Ankara

Sayın Başkan,

Aşağıdaki metni ihtiva eden 20 Haziran 1962 tarihli mektubunuzu aldığımı teyid etmekle şeref duymaktayım:

“Türkiye Cumhuriyeti ile Federal Almanya Cumhuriyeti arasında sermaye yatırımlarının karşılıklı olarak teşviki ve korunması hakkında bir Anlaşma akdine münfer olan müzakereler sırasında, Türkiye'nin ekonomik gelişmesi için turizmin haiz olduğu büyük öneme işaret ettiniz. Bu hususta sizinle tamamen mutabık ve tarafınızdan izhar edilmiş olan aşağıdaki istekleri Hükümetime arz etmeye amade bulunmaktayım:

1. Türkiye'de turizmin kurulması ve teşkilâtlandırılması şartlarını incelemek, bunun tatbikatı için teknikler yapmak ve Teknik Personelin yetiştirilmesi imkânlarını araştırmak üzere Türkiye'ye uzmanlar gönderilmesi;
2. Turizm Bürolarının kurulması ve her türlü teknik tesislerin vücade getirilmesi imkân ve yollarının araştırılması, bu hususta hassaten Antalya Bölgesinin geliştirilmesinin gözönünde tutulması;
3. Turizmin inkişafına müteallik plânların uygulanmasına ve bu alanda hususî sermayenin iştirâkine yardım edilmesi ve bu gaye için gereken her türlü kolaylığın gösterilmesi;

Bu tekliflerin mevcut imkânlar çerçevesinde kabulünü Hükümetime tavsiye edeceğim.

Yukarıdaki hususlarda Hükümetinizin mutabaktını bana teyid ettiğiniz takdirde minnettar olacağım.“

Hükümetimin, Hükümetinizin isteklerini hayırlahlıkla inceleyeceğini teyid ederim.

Türk Heyeti Başkanı
Turgut Aytuğ

Dr. Kurt Daniel
Alman Heyeti Başkanı

Ankara

5.

Der Vorsitzende
der Deutschen Delegation

Ankara, den 20. Juni 1962

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, im Zusammenhang mit dem heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem unsere Regierungen eine besondere Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufbau der Türkei beimessen, Ihnen nachfolgende Wünsche meiner Regierung zu unterbreiten:

Ich bitte, mir zu bestätigen, daß die türkische Regierung deutschen Fachkräften, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages ihre Kraftfahrzeuge und ihr Umzugsgut nach der Türkei verbringen, alle Erleichterungen im Rahmen der türkischen gesetzlichen Bestimmungen gewähren wird.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir bestätigen würden, daß Ihre Regierung die Wünsche meiner Regierung wohlwollend prüfen wird.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Kurt Daniel

An
den Vorsitzenden der
Türkischen Delegation
Herrn Turgut Aytuğ
Ankara

Sayın Başkan,

Hükûmetlerimizin Türkiye'nin iktisadî kalkınması için hususi bir önem atfettikleri yatırımların karşılıklı olarak teşvik ve himayesine müteallik Türkiye Cumhuriyeti ile Federal Almanya Cumhuriyeti arasında bugün imzalanan Anlaşma ile ilgili olarak Hükûmetimin aşağıdaki isteklerini Hükûmetinizin hayırhahlıkla tetkikine arz etmekle şeref duymaktayım.

İşbu Anlaşmanın tatbikatından olmak üzere, Türkiye'ye gelecek Alman uzmanlarının beraberlerinde getirecekleri otomobillerle ev eşyalarının Türk mevzuatının müsaadesi nisbetinde memlekete girmesi hususunda Türk Hükûmetinin gerekli her türlü kolaylığı göstereceğini teyid buyurmanızı bilhassa rica ederim.

Hükûmetinizin, Hükûmetimin isteklerini hayırhahlıkla tetkik edeceğini teyid etmenizi istirham ederim.

Alman Heyeti Başkanı
Dr. Kurt Daniel

Turgut Aytuğ
Türk Heyeti Başkanı

Ankara

6.

Der Vorsitzende
der Türkischen Delegation

Ankara, den 20. Juni 1962

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 20. Juni 1962 zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, im Zusammenhang mit dem heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem unsere Regierungen eine besondere Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufbau der Türkei beimessen, Ihnen nachfolgende Wünsche meiner Regierung zu unterbreiten.

Ich bitte, mir zu bestätigen, daß die türkische Regierung deutschen Fachkräften, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages ihre Kraftfahrzeuge und ihr Umzugsgut nach der Türkei verbringen, alle Erleichterungen im Rahmen der türkischen gesetzlichen Bestimmungen gewähren wird.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir bestätigen würden, daß Ihre Regierung die Wünsche meiner Regierung wohlwollend prüfen wird.“

Ich bestätige, daß meine Regierung die Wünsche Ihrer Regierung wohlwollend prüfen wird.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Turgut Ay tu ğ

An
den Vorsitzenden der
Deutschen Delegation
Herrn Dr. Kurt Daniel
Ankara

Sayın Başkan,

Aşağıdaki metni ihtiva eden 20 Haziran 1962 tarihli mektubunuzu aldığımı teyid etmekle şeref duymaktayım:

“Hükümetlerimizin Türkiye'nin iktisadi kalkınması için hususi bir önem attıkları yatırımların karşılıklı olarak teşvik ve himayesine müteallik Türkiye Cumhuriyeti ile Federal Almanya Cumhuriyeti arasında bugün imzalanan Anlaşma ile ilgili olarak Hükümetimin aşağıdaki isteklerini Hükümetinizin hayırhahlıkla tetkikine arz etmekle şeref duymaktayım:

İşbu Anlaşmanın tatbikatından olmak üzere, Türkiye'ye gelecek Alman uzmanlarının beraberlerinde getirecekleri otomobillerle ev eşyalarının Türk mevzuatının müsaadesi nisbetinde memlekete girmesi hususunda Türk Hükümetinin gerekli her türlü kolaylığı göstereceğini teyid buyurmanızı bilhassa rica ederim.

Hükümetinizin, Hükümetimin isteklerini hayırhahlıkla tetkik edeceğini teyid etmenizi istirham ederim.“

Hükümetimin, Hükümetinizin isteklerini hayırhahlıkla inceleyeceğini teyid ederim.

Türk Heyeti Başkanı
Turgut Ay tu ğ

Dr. Kurt Daniel
Alman Heyeti Başkanı

Ankara

7.

Der Vorsitzende
der Türkischen Delegation

Ankara, den 20. Juni 1962

Türk Heyeti Başkanı

Ankara, 20 Haziran 1962

Herr Vorsitzender,

Ich bitte Sie, mir das Einverständnis Ihrer Regierung zu bestätigen, daß die auf Grund des Artikels 1 des zwischen einer deutschen und einer türkischen Delegation unterzeichneten Protokolls vom 3. November 1960 geführten und aus verschiedenen technischen Gründen unterbrochenen Verhandlungen mit dem Ziel der Behandlung der offen gebliebenen finanziellen und wirtschaftlichen Probleme baldmöglichst wieder aufgenommen werden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Turgut Ay tu ğ

Bay Başkan,

Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti Delegasyonu ile Federal Almanya Cumhuriyeti Hükümeti Delegasyonunun, iki memleket arasında askıda kalmış mali ve ticari meselelere dair, yaptıkları müzakereler sonunda imzalanan 3 Kasım 1960 tarihli Protokol'un birinci maddesine atfen, bahis konusu meseleleri bir hal şekline bağlamak üzere, bazı teknik sebepler yüzünden kesilmiş olan müzakerelerin mümkün olduğu süratle başlaması hususunda Hükümetinizin mutabakatını bana teyid etlemenizi rica ederim, Bay Başkan.

Hürmetlerimi kabul buyurmanızı rica ederim, Bay Başkan.

Türk Heyeti Başkanı
Turgut Ay tu ğ

An
den Vorsitzenden der
Deutschen Delegation
Herrn Dr. Kurt Daniel
Ankara

8.

Der Vorsitzende
der Deutschen Delegation

Ankara, den 20. Juni 1962

Alman Heyeti Başkanı

Ankara, 20 Haziran 1962

Herr Vorsitzender,

Ich bestätige hiermit das Einverständnis meiner Regierung zu Ihrem nachstehend wiedergegebenen Schreiben vom 20. Juni 1962:

„Ich bitte Sie, mir das Einverständnis Ihrer Regierung zu bestätigen, daß die auf Grund des Artikels 1 des zwischen einer deutschen und einer türkischen Delegation unterzeichneten Protokolls vom 3. November 1960 geführten und aus verschiedenen technischen Gründen unterbrochenen Verhandlungen mit dem Ziel der Behandlung der offen gebliebenen finanziellen und wirtschaftlichen Probleme baldmöglichst wieder aufgenommen werden.“

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Kurt Daniel

Bay Başkan,

Aşağıda kayıtlı 20 Haziran 1962 tarihli mektubunuz hakkında Hükümetimin mutabakatını bildirmekle şeref duyarım:

„Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti Delegasyonu ile Federal Almanya Cumhuriyeti Hükümeti Delegasyonunun, iki memleket arasında askıda kalmış mali ve ticarî meselelere dair, yaptıkları müzakereler sonunda imzalanan 3 Kasım 1960 tarihli Protokol'un birinci maddesine atfen, bahis konusu meseleleri bir hal şekline bağlamak üzere, bazı teknik sebepler yüzünden kesilmiş olan müzakerelerin mümkün olduğu süratle başlaması hususunda Hükümetinizin mutabakatını bana teyid eylemenizi rica ederim, Bay Başkan.

Hürmetlerimi kabul buyurmanızı rica ederim, Bay Başkan.“

Hürmetlerimi kabul buyurmanızı rica ederim, Bay Başkan.

Alman Heyeti Başkanı

Dr. Kurt Daniel

An
den Vorsitzenden der
Türkischen Delegation
Herrn Turgut Aytuğ
Ankara

Notenwechsel

1.

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Ankara, den 3. Juli 1964

Exzellenz,

ich beehre mich, auf die Besprechungen im türkischen Außenministerium Bezug zu nehmen, in denen festgestellt wurde, daß zwischen dem deutschen und dem türkischen Wortlaut des am 20. Juni 1962 in Ankara unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen gewisse Abweichungen bestehen.

Zwecks Vermeidung von Schwierigkeiten, die sich aus einer unterschiedlichen Auslegung des Vertrages ergeben könnten, beehre ich mich, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Auslegung der Vertragstexte vorzuschlagen:

1. In Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 wird durch die Formulierung im türkischen Text „hinsichtlich aller Zahlungen von Entschädigungen“ an Stelle der deutschen Fassung „hinsichtlich aller Entschädigungen“ eine Entschädigung in Sachwerten nicht ausgeschlossen.
2. In Artikel 6 Absatz 1 erste Zeile sind unter den „Vertragsparteien“ des türkischen Textes entsprechend der deutschen Fassung die „Beteiligten“ zu verstehen, das heißt also nicht die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Türkei, sondern die natürlichen Personen oder die Gesellschaften einer Vertragspartei, die an einer abweichenden Regelung beteiligt sind.
3. In Artikel 8 hat der Ausdruck „Vermögenswerte“ in Absatz 1 Satz 1 dieselbe Bedeutung wie in Absatz 1 Satz 2 ungeachtet der verschiedenen hierfür in der türkischen Fassung verwendeten Ausdrücke.
4. In Absatz 2 des Protokolls ist unter dem Ausdruck „genehmigt“ die in Artikel 9 Absatz a) des Übereinkommens über die Handelsschulden von Personen mit Sitz in der Türkei vom 11. Mai 1959 (Pariser Übereinkommen) vorgesehene Ermächtigung der türkischen Behörden zu verstehen.
5. In Absatz 7 a) des Protokolls ist als die nach der türkischen Fassung zur Beachtung der Transferformalitäten vorgesehene Frist die hierfür erforderliche Frist anzusehen.

Falls sich die Regierung der Republik Türkei mit den in den Nummern 1 — 5 enthaltenen Auslegungsvorschlägen einverstanden erklärt, beehre ich mich weiter vorzuschlagen, daß diese Note und die entsprechende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Regierungsvereinbarung über die verbindliche Auslegung des genannten Vertrages darstellen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

Dr. Gebhardt von Walther

Seiner Exzellenz
dem Außenminister der Republik Türkei
Herrn Feridun Cemal Erkin

Ankara

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Ankara, 3 Temmuz 1964

Ekselâns,

Federal Almanya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti arasında 20 Haziran 1962 tarihinde Ankara'da imzalanan Sermaye Yatırımlarının Karşılıklı Olarak Teşvik ve Himâyesine Müteditir Anlaşmanın almanca ve Türkçe metinleri arasında bazı farklar bulunduğu Türkiye Dışişleri Bakanlığındaki müzakereler sırasında tesbit edilmiş olduğuna işaret etmekle şeref duyarım.

Anlaşmanın farklı şekilde tefsirinden çıkabilecek güçlükleri önlemek maksadile Federal Almanya Cumhuriyeti Hükûmeti adına, Anlaşma metninin aşağıdaki şekilde tefsirini teklif etmekle şeref duyarım:

1. 3 üncü maddenin 3 üncü fıkrasının 1 inci bendinde, almancadaki "bütün tazminat" deyiminin Türkçe metinde "bütün tazminat ödemeleri" şeklinde ifade edilmiş olması, aynı tazminatın hariç tutulduğu anlamına gelmemelidir.
2. 6 ıncı maddenin 1 inci fıkrasının ilk satırında, Türkçe metinde kullanılan "âkit taraflar" deyimini almanca metindeki "Beteiligten" (ortaklar) anlamında anlaşılmalıdır; diğer bir ifade ile, bu deyimden Federal Almanya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti değil, âkit taraflara ait olup farklı bir düzenlemeye katılan özel ve tüzel kişiler anlaşılmalıdır.
3. 8 inci maddede kullanılan "Vermögenswerte" deyimini 1 inci fıkranın 1 inci bendi ile 1 inci fıkranın 2 inci bendinde, Türkçe metinde kullanılan farklı deyimler dikkat nazarına alınmaksızın, aynı mânaya gelmektedir.
4. Protokolün 2 inci fıkrasındaki „genehmigt“ (müsaade edilen) deyiminden, Türkiye'de mukim şahısların ticarî borçlarına müteallik 11 Mayıs 1959 tarihli Anlaşmanın (Paris Anlaşması) 9 uncu maddesinin a) fıkrasında derpiş olunan Türk Makamlarına ait yetkiler anlaşılmalıdır.
5. Protokolün 7 a) fıkrasında Türkçe metne göre transfer muameleleri için nazara alınması derpiş olunan süre, bu transfer muameleleri için gerekli süre olarak kabul edilmelidir.

Türkiye Cumhuriyeti Hükûmeti, yukarıda beş madde halinde zikrolunan tefsir teklifiyle mutabakatını teyit ettiği takdirde bu nota ile Ekselânslarının cevabı notasının, Federal Almanya Cumhuriyeti Hükûmeti ile Türkiye Cumhuriyeti Hükûmeti arasında mezkûr Anlaşmanın muteber tefsirine mütedair bir anlaşma olarak telâkki olunmasını teklif etmekle şeref duyarım.

Hürmetlerimi kabul buyurmanızı istirham ederim, Ekselâns!

Dr. Gebhardt von Walther
(Federal Almanya Cumhuriyeti
Büyükelçisi)

Ekselâns
Feridun Cemal Erkin
Türkiye Cumhuriyeti
Dışişleri Bakanı
Ankara

2.

Türkiye Cumhuriyeti
Dışişleri Bakanlığı

Ankara, den 3. Juli 1964

Herr Botschafter,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 3. Juli 1964 zu bestätigen, die den folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, auf die Besprechungen im türkischen Außenministerium Bezug zu nehmen, in denen festgestellt wurde, daß zwischen dem deutschen und dem türkischen Wortlaut des am 20. Juni 1962 in Ankara unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen gewisse Abweichungen bestehen.

Zwecks Vermeidung von Schwierigkeiten, die sich aus einer unterschiedlichen Auslegung des Vertrages ergeben könnten, beehre ich mich, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Auslegung der Vertragstexte vorzuschlagen:

1. In Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 wird durch die Formulierung im türkischen Text „hinsichtlich aller Zahlungen von Entschädigungen“ an Stelle der deutschen Fassung „hinsichtlich aller Entschädigungen“ eine Entschädigung in Sachwerten nicht ausgeschlossen.
2. In Artikel 6 Absatz 1 erste Zeile sind unter den „Vertragsparteien“ des türkischen Textes entsprechend der deutschen Fassung die „Beteiligten“ zu verstehen, das heißt also nicht die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Türkei, sondern die natürlichen Personen oder die Gesellschaften einer Vertragspartei, die an einer abweichenden Regelung beteiligt sind.
3. In Artikel 8 hat der Ausdruck „Vermögenswerte“ in Absatz 1 Satz 1 dieselbe Bedeutung wie in Absatz 1 Satz 2 ungeachtet der verschiedenen hierfür in der türkischen Fassung verwendeten Ausdrücke.
4. In Absatz 2 des Protokolls ist unter dem Ausdruck „genehmigt“ die in Artikel 9 Absatz a) des Übereinkommens über die Handelsschulden von Personen mit Sitz in der Türkei vom 11. Mai 1959 (Pariser Übereinkommen) vorgesehene Ermächtigung der türkischen Behörden zu verstehen.
5. In Absatz 7 a) des Protokolls ist als die nach der türkischen Fassung zur Beachtung der Transfermodalitäten vorgesehene Frist die hierfür erforderliche Frist anzusehen.

Falls sich die Regierung der Republik Türkei mit den in den Nummern 1 — 5 enthaltenen Auslegungsvorschlägen einverstanden erklärt, beehre ich mich weiter vorzuschlagen, daß diese Note und die entsprechende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Regierungsvereinbarung über die verbindliche Auslegung des genannten Vertrages darstellen.“

Ich beehre mich Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Türkei mit den in den Nummern 1 bis 5 Ihrer Note enthaltenen Auslegungsvorschlägen und damit

Türkiye Cumhuriyeti
Dışişleri Bakanlığı

Ankara, 3 Temmuz 1964

Sayın Büyükelçi,

Haziran 1964 tarihli ve aşağıda yazılı metni ihtiva eden Notanızı aldığımı teyid etmekle şeref duyarım.

“Federal Almanya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti arasında 20 Haziran 1962 tarihinde Ankara’da imzalanan Sermaye Yatırımlarının Karşılıklı Olarak Teşvik ve Himayesine Mütedair Anlaşmanın Almanca ve Türkçe metinleri arasında bazı farklar bulunduğu Türkiye Dışişleri Bakanlığındaki müzakereler sırasında tesbit edilmiş olduğuna işaret etmekle şeref duyarım.

Anlaşmanın farklı şekilde tefsirinden çıkabilecek güçlükleri önlemek maksadile Federal Almanya Cumhuriyeti Hükûmeti adına, Anlaşma metnlerinin aşağıdaki şekilde tefsirini teklif etmekle şeref duyarım:

1. 3 üncü maddenin 3 üncü fıkrasının I inci bendinde, Almanca’daki “bütün tazminat” deyiminin Türkçe metinde “bütün tazminat ödemeleri” şeklinde ifade edilmiş olması, aynı tazminatın hariç tutulduğu anlamına gelmemelidir.
2. 6 ncı maddenin I inci fıkrasının ilk satırında, Türkçe metinde kullanılan “akit taraflar” deyimini Almanca metindeki “Beteiligten” (ortaklar) anlamında anlaşılmalıdır; diğer bir ifade ile, bu deyimden Federal Almanya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti değil, âkit taraflara ait olup farklı bir düzenlemeye katılan özel ve tüzel kişiler anlaşılmalıdır.
3. 8 inci maddede kullanılan “Vermögenswerte” deyimini I inci fıkranın birinci bendi ile I inci fıkranın ikinci bendinde, Türkçe metinde kullanılan farklı deyimler dikkat nazarına alınmaksızın, aynı manâya gelmektedir.
4. Protokolün 2 inci fıkrasındaki “genehmigt” (müsaade edilen) deyiminden, Türkiye’de mukim şahısların Ticarî Borçlarına Müteallik 11 Mayıs 1959 tarihli Anlaşmanın (Paris Anlaşması) 9 uncu maddesinin a) fıkrasında derpiş olunan Türk Makamlarına ait yetkiler anlaşılmalıdır.
5. Protokolün 7 a) fıkrasında Türkçe metne göre transfer muameleleri için nazara alınması derpiş olunan süre, bu transfer muameleleri için gerekli süre olarak kabul edilmelidir.

Türkiye Cumhuriyeti Hükûmeti, yukarıda beş madde halinde zikrolunan tefsir teklifiyle mutabakatını teyid ettiği takdirde bu nota ile Ekselânslarının cevabi notasının, Federal Almanya Cumhuriyeti Hükûmeti ile Türkiye Cumhuriyeti Hükûmeti arasında mezkûr Anlaşmanın mutabek tefsirine mütedair bir anlaşma olarak telâkki olunmasını teklif etmekle şeref duyarım.“

Türkiye Cumhuriyeti Hükûmetinin, Notanızda 5 madde halinde teklif olunan tefsir şeklini kabul ettiğini ve Notanız ile işbu cevabi Notanın, Türkiye Cumhuriyeti

einverstanden ist, daß Ihre Note und diese Antwort eine Regierungsvereinbarung über die verbindliche Auslegung des genannten Vertrages darstellen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

J. Gurun
Für den Außenminister
Stellvertretender General-Sekretär

Seiner Exzellenz
dem Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Gebhardt von Walther
Ankara

Hükümeti ile Federal Almanya Cumhuriyeti Hükümeti arasında adı geçen Anlaşmanın muteber tefsirine mütedair bir Anlaşma olarak telâkki edilmesi hususunda mutabık bulunduğumu bildirmekle şeref duyarım.

Bilvesile hürmetlerimi kabul buyurmanızı rica ederim, Sayın Büyükelçi.

J. Gurun
Dışişleri Bakanı Y.
Genel Sekreter
İktisadî İşler Yardımcısı

Ekselâns
Dr. Gebhardt von Walther
Federal Almanya Cumhuriyeti
Büyükelçisi
Ankara

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Maßnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für diesen Zweck aus dem Bundeshaushalt oder durch Aufnahme von Anleihen auf dem Kapitalmarkt ist naturgemäß begrenzt. Deshalb ist die Bundesregierung bestrebt, private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu fördern. Zu diesem Zweck gibt sie Kredite, Garantien und Steuervergünstigungen. Diese Maßnahmen dienen gleichzeitig der Anregung des deutschen Kapitalexports und sonstigen wirtschaftspolitischen Interessen.

Private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern sind in besonderem Maße geeignet, zum wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder und zur Verstärkung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik beizutragen. Investitionen der privaten Wirtschaft führen in der Regel neben dem Zufluß von Geld oder Sachwerten auch gleichzeitig zur Vermittlung technischen Wissens und technischer Erfahrung durch geeignete Fachkräfte, die in den Entwicklungsländern besonders wertvolle Arbeit leisten. Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, daß mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird und daß das unternehmerische Risiko der Kapitalanlagen in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Die Anlage privaten deutschen Kapitals soll durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages besonders gefördert werden. Das ist das Ziel des vorliegenden Vertrages. Der Vertrag trägt zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach können zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu Lasten des Bundes in der Regel dann übernommen werden, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit lehnt sich der deutsch-türkische Vertrag vom 20. Juni 1962 ebenso wie die mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen gleicher Art inhaltlich an die von der Bundesrepublik abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge an, soweit sie sich mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiete und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen. Darüber hinaus regelt der Vertrag sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage im Ausland von Bedeutung sind.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 14 Artikel; ihm sind ein Protokoll, vier Briefwechsel und ein Notenwechsel beigefügt.

Zu Artikel 1

Artikel 1 Abs. 1 behandelt die Zulassung von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften

der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei. Es besteht keine Verpflichtung zur Zulassung dieser Kapitalanlagen, jedoch genießen nach Ziffer 1 Buchstabe a des Protokolls Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, den vollen Schutz des Vertrages.

Absatz 2 verbietet eine diskriminierende Behandlung von Kapitalanlagen. Diese Bestimmung findet gemäß Ziffer 1 Buchstabe b des Protokolls auf Rechte und Vergünstigungen, die vor dem Inkrafttreten des Vertrages gewährt worden sind, keine Anwendung.

Zu Artikel 2

Artikel 2 soll sicherstellen, daß Staatsangehörige einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit ihren Kapitalanlagen unter denselben Voraussetzungen tätig werden können wie Inländer oder Angehörige dritter Staaten. Zur Auslegung dieses Artikels gibt Ziffer 3 Buchstabe a des Protokolls Beispiele diskriminierender Maßnahmen. Nach Ziffer 3 Buchstabe b des Protokolls berechtigen die Bestimmungen des Artikels 2 nur zu solchen wirtschaftlichen Betätigungen, die dem Wesen der betreffenden Kapitalanlage entsprechen.

Zu Artikel 3

Nach diesem Artikel genießen Kapitalanlagen Schutz und Sicherheit. Enteignungen sind nur zum allgemeinen Wohl und nur gegen wertgleiche Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein und unverzüglich geleistet werden muß, zulässig. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können. Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Ziffer 4 des Protokolls auch hoheitliche Maßnahmen, die einer Enteignung gleichzusetzen sind, und Verstaatlichungen. Soweit Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution oder Aufruhr Schaden erleiden, genießen die Geschädigten hinsichtlich aller Entschädigungen Inländerbehandlung; hinsichtlich des Transfers von Entschädigungen genießen sie Meistbegünstigung.

Absatz 4 enthält eine alle Bestimmungen dieses Artikels umfassende Meistbegünstigungsklausel.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gewährleistet den freien Transfer des Kapitals, seiner Erträge und im Falle der Liquidation des Liquidationserlöses. Als Liquidation im Sinne des Artikels 4 gilt nach Ziffer 5 Buchstabe a des Protokolls auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung. Nach Ziffer 5 Buchstabe b des Protokolls werden bei der Anwendung des Artikels 4 die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über Steuern, Abgaben und sonstige öffentliche Lasten sowie über die Festsetzung von Höchstpreisen beim Verkauf von Vermögenswerten nicht berührt.

Zu Artikel 5

Diese Bestimmung trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik sich ergebenden Erfordernissen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine in der Türkei vorgenommene Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen. Gemäß Ziffer 6 des Protokolls können die übergegangenen Ansprüche im Falle einer Gewährleistung durch den Rechtsnachfolger nur in gleicher Weise wie durch seinen Rechtsvorgänger geltend gemacht werden.

Zu Artikel 6

Artikel 6 legt fest, daß Transferierungen im Rahmen dieses Vertrages unverzüglich zu erfolgen haben, und zwar zu dem Kurs, der nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt.

Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechnungskurs nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem Internationalen Währungsfonds ausgetreten ist, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegte Kurs oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden.

Gemäß Ziffer 7 Buchstabe a des Protokolls gilt ein Transfer als „unverzüglich“ durchgeführt, wenn er innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist, die jedoch unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten darf.

In Ziffer 7 Buchstabe b des Protokolls wird der Ausdruck „laufende Geschäfte“ definiert, der alle Kapitalbewegungen bezeichnet, die im Sinne der Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds „current transactions“ sind.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt das Verhältnis der Bestimmungen dieses Vertrages zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften; diese gehen vor, soweit sie eine günstigere Behandlung der Kapitalanlagen als der vorliegende Vertrag vorsehen.

Von besonderer Bedeutung ist Absatz 2, nach dem jede Art von Verpflichtung, die eine Vertragspartei in bezug auf eine den Bestimmungen dieses Vertrages unterliegende Kapitalanlage übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, einzuhalten ist; die Verletzung einer solchen Verpflichtung stellt hiernach zugleich eine Verletzung der durch den vorliegenden Vertrag übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen dar. Nach der Regelung in Ziffer 8 des Protokolls umfassen die genannten Verpflichtungen nur die von den zuständigen Stellen der Vertragsparteien in Ausübung der öffentlichen Gewalt übernommenen Verpflichtungen.

Zu Artikel 8

In Artikel 8 werden die im Vertrag verwendeten Bezeichnungen „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“ definiert. Zur Auslegung des Begriffes „Erträge“ stellt Ziffer 9 Buchstabe a des Protokolls klar, daß Erträge als eine Mehrung der Vermögenswerte zu betrachten sind und deshalb den gleichen Schutz wie die Kapitalanlagen genießen. Gemäß dieser Protokollziffer ist jede Vertragspartei berechtigt, frei zu entscheiden, ob Vermögenswerte, die vor Inkrafttreten des Vertrages angelegt worden sind, bei der Zulassung in die neue Kapitalanlage einbezogen werden und durch Sachverständige nachprüfen zu lassen, ob die angelegten Vermögenswerte den in der Zulassungsurkunde erwähnten Vermögenswerten hinsichtlich der Art und des Wertes entsprechen.

Unter Ziffer 9 Buchstabe b des Protokolls wird klargestellt, daß Gewinnanteile und Zinsen im Sinne des Artikels 8 Abs. 2 die auf die Kapitalanlage anteilig entfallenden Nettobeträge sind. Nach Ziffer 9 Buchstabe c fallen auch alle wirtschaftlichen Unternehmen der öffentlichen Hand unter die Bestimmung des Artikels 8 Abs. 4.

Zu Artikel 9

Die Bestimmungen des Vertrages gelten auch für Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Anlagelandes bereits vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vorgenommen worden sind. In Protokollziffer 10 wird erläutert, daß der Ausdruck „Rechtsvorschriften“ in Artikel 9 in bezug auf die Republik Türkei das Gesetz zur Förderung ausländischen Kapitals Nr. 6224 und das Erdölgesetz Nr. 6326 einschließlich der Änderungs- und Ergänzungsgesetze umfaßt. Hinsichtlich der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus dem Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden wird klargestellt, daß sie durch diesen Vertrag nicht berührt werden.

Zu Artikel 10

Artikel 10 verhindert, daß Drittstaaten, denen in anderen Verträgen eine allgemeine Meistbegünstigungsklausel eingeräumt worden ist, auf Grund des vorliegenden Vertrages die Inländerbehandlung für sich in Anspruch nehmen können, obwohl sie selbst nicht zur Einräumung der Inländerbehandlung bereit sind.

Zu Artikel 11

Falls Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des Vertrages nicht durch diplomatische Verhandlungen beigelegt werden können, ist jede Vertragspartei berechtigt, ein zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Bildung und Zusammensetzung des Schiedsgerichts und gibt diesem Gericht das Recht, sein Verfahren selbst zu bestimmen.

Zu Artikel 12

Die Vertragsparteien vereinbaren, den Schutz von Kapitalanlagen auch für den Fall von Auseinander-

setzungen zu gewährleisten. Zulässig bleiben jedoch vorübergehende Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts gestattet sind.

Zu Artikel 13

Der Vertrag gilt auch für das Land Berlin. Wegen der Bestimmungen der Nummer III Buchstabe b der Erklärung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 5. März 1955 über die Stellung Berlins nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge [BKC/L(55)3] sowie des Artikels 5 des Zwölften Teils des Vertrages vom 23. Oktober 1954 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen wurde das Gebiet der Luftfahrt (Protokollziffer 11) ausgenommen.

Zu Artikel 14

Artikel 14 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt zehn Jahre; eine automatische Verlängerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere fünfzehn Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll bringt in zwölf Ziffern Erläuterungen und bindende Auslegungsvorschriften zu dem Vertrage. Abgesehen von den unter den Artikeln 1 bis 9 bereits erwähnten Bestimmungen enthält es

in Ziffer 2 die Bestimmung, daß Vermögenswerte, die unter Artikel 9 des Übereinkommens vom 11. Mai 1959 über die Handelsschulden von Personen mit Sitz in der Türkei (Pariser Übereinkommen) fallen, den Schutz dieses Vertrages genießen, wenn ihre Verwendung nach Artikel 9 des Pariser Übereinkommens genehmigt worden ist. Die Transferregelungen des Pariser Übereinkommens bleiben unberührt.

In Ziffer 3 Buchstabe c eine Klarstellung, daß die Nichtdiskriminierungsbestimmungen nicht auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer Anwendung finden.

In Ziffer 11 eine Bestimmung, die diskriminierende Maßnahmen auf dem Gebiet der Seeschifffahrt und der Luftfahrt ausschließt, sofern es sich um die Beförderung von Gütern handelt, die für eine Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind oder mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Kapital im Sinne dieses Vertrages angelegt ist.

In Ziffer 12 eine Bestimmung über die Vermutung der Staatsangehörigkeit einer natürlichen Person.

Zu den Briefwechseln

Briefwechsel 1 enthält eine Darlegung der Wünsche der türkischen Regierung nach Maßnahmen, die geeignet sind, deutsche Investitionen in der Türkei anzuregen, wie wohlwollende Förderung durch Gewährung von Garantien, durch Gewährung jeder möglichen Unterstützung und durch Erweiterung der technischen Hilfe.

Briefwechsel 2 enthält Vorschläge für Maßnahmen zur Ausweitung des Fremdenverkehrs, dem im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei eine große Bedeutung zukommt.

Briefwechsel 3 enthält eine Darlegung des deutschen Wunsches, deutschen Fachkräften, die im Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrages Kraftfahrzeuge und Umzugsgut nach der Türkei verbringen, alle Erleichterungen im Rahmen der türkischen gesetzlichen Bestimmungen zu gewähren.

Briefwechsel 4 enthält eine Einverständniserklärung, nach welcher die auf Grund des Artikels 1 des zwischen einer deutschen und einer türkischen Delegation unterzeichneten Protokolls vom 3. November 1960 geführten und unterbrochenen Verhandlungen über offen gebliebene finanzielle und wirtschaftliche Probleme so bald wie möglich wieder aufgenommen werden.

Zum Notenwechsel

Der Notenwechsel vom 3. Juli 1964 soll unterschiedliche Auslegungen des Vertrages verhindern, die durch die Abweichungen zwischen dem deutschen und dem türkischen Wortlaut entstehen könnten. Die Klarstellung in 5 Punkten ist als eine Regierungsvereinbarung über die verbindliche Auslegung des Vertrages anzusehen.